



Grüne im Einsatz: Gegen Fracking und Hinterzimmer-Freihandelsabkommen TTIP

## **Einladung zur Kreismitgliederversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Plön**

**Schwerpunkt: Vorbereitung Bundesdelegiertenkonferenz (BDK)**

**am 5. November 2014, 19:00 Uhr**

**im Restaurant „Lutterbeker“**

**Dorfstr. 11, 24235 Lutterbek**

## Inhalt

Editorial: Die Welt gerät aus den Fugen – was können die Grünen tun?	3
Einladung zur Kreismitgliederversammlung	4
Sommerfest mit dem gesamten Kabinett	5
Verabschiedung von Hinrich Goos als Leiter des FÖJ	6
Ganz schön „verfrackt“ – Bericht zur Demo in Prasdorf	7
Tierkadaverskandal in Kühren	8
Kreistag: Erklärung zum Streit um die Erntekrone	10
OV Heikendorf unterstützt europäische Initiative gegen TTIP	11
Gewerbegebiet Wakendorf II: Eine Elbphilharmonie für Preetz	12
Bürgerentscheid zum Erhalt der Schwimmhalle Laboe	14
Lütjenburg: Syrien und der Irak sind auf einmal ganz nah dran	15
Wichtige Ansprechpartner/-innen im Kreis Plön	16

## Fahrradklima-Test – Teilnahme bis 30. November!

Ist für Radfahrer ein verkehrssicheres Fahren möglich? Sind die Radwege in Ordnung? Noch bis zum 30. November können sich FahrradfahrerInnen am Fahrradklimatest des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) beteiligen, einer Umfrage zur Fahrradfreundlichkeit der Kommunen. Unter [www.fahrradklima-test.de](http://www.fahrradklima-test.de) ist der Fragebogen zu finden, der Zeitaufwand beträgt fünf bis zehn Minuten.

Den Fraktionen in Preetz und Lütjenburg ist es bereits gelungen, deutliche Verbesserungen für Radler/-innen zu erreichen. So wurde in beiden Städten an vielen Stellen die Radwegebenutzungspflicht in ein Radwegebenutzungsrecht umgewandelt.



## **Editorial: Die Welt gerät aus den Fugen – was können die Grünen tun?**

Liebe Mitglieder und FreundInnen grüner Politik,

Ende November findet in Hamburg unser Bundesparteitag statt – und die Tagesordnung ist voller Sprengstoff. Und das ist gut so!

Während wir in den Kommunen engagiert und kompetent Politik machen und unsere MinisterInnen in Schleswig-Holstein Bestnoten bekommen, gerät die Welt außerhalb Deutschlands aus den Fugen. Viele Menschen haben immer weniger Vertrauen in die Lösungskompetenz der Politik.

Das Grauen in Syrien und im Irak hat uns im Kreisvorstand so berührt, dass wir einen Brief an den Bundesvorstand geschrieben haben und ein UNO-Mandat für einen bewaffneten Einsatz gefordert haben. Darf man so etwas als Grüne sagen? Auch angesichts der hochgefährlichen Situation in der Ukraine scheiden sich die Geister: Russland verstehen oder Russland ächten – Diplomatie oder Prinzipienfestigkeit? Weitere Themen, die Grüne bewegen, sind das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP, der Klimagipfel in Paris und die Ebola-Epidemie in Westafrika.

Und schließlich wollen wir über das Thema Freiheit sprechen. Anlass sind der Vorwurf der grünen Beserwisserei bei der Bundestagswahl (Stichwort „VeggieDay“) und der Niedergang der FDP. Viele Grüne betonen, dass Freiheit ohne soziale und körperliche Sicherheit keine Freiheit ist.

Steht das alles nebeneinander? Ist das alles ein undurchdringlicher Wirrwarr?

Ich denke dazu: In der Kompliziertheit der Welt gibt es keine einfachen Lösungen. Aber wir brauchen weniger Feinddenken und eine Besinnung auf Werte wie Solidarität und Gerechtigkeit – nicht am Sonntag in der Kirche, sondern in der praktischen Politik gegenüber den Menschen im Nahost und in Afrika. Wenn die Menschen das Vertrauen verlieren und die Hoffnung verlieren, dass die Politik Lösungen für sie bringt, dann wachsen Feindbilder und Radikalismus heran und die Demokratie - wenn sie denn im jeweiligen Land überhaupt existiert - geht kaputt. Daher müssen wir Grünen nicht nur Sachlösungen präsentieren, sondern auch Überzeugungen und Werte diskutieren.

Wir wollen daher auf unserer Kreismitgliederversammlung diese Fragen zum Schwerpunkt machen.

Liebe Grüße

Karl-Martin und Monika

## Einladung zur Kreismitgliederversammlung

**am Mittwoch, 05. November 2014, 19:00 Uhr**

**im Restaurant „Lutterbeker“**

Dorfstr. 11, 24235 Lutterbek ([www.lutterbeker.de](http://www.lutterbeker.de))

Schwerpunkt wird diesmal die Vorbereitung auf die Bundesdelegiertenkonferenz (Bundesparteitag) sein. Auf der TO der BDK stehen u. a.:

- Grüne Werte: Freiheit und Selbstbestimmung
- Grüne Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik
- Klimapolitik: Auf dem Weg nach Paris (Weltklimakonferenz)
- Die Zukunft der europäischen Friedensordnung (Ukraine und Nahost)

Wir werden eine Aussprache an den Anfang stellen und dann ausgewählte Anträge für den Bundesparteitag behandeln – insbesondere solche, die öffentlich strittig diskutiert werden. Wir machen Euch dazu einen Vorschlag – aber lassen Euch die Auswahl. Wir können ja eh nicht alle 500 Anträge behandeln.

Rasmus Andresen, Mitglied im Bundesparteirat und stv. Fraktionsvorsitzender im Landtag wird von den Debatten zu Syrien, Ukraine, der Weltklimakonferenz u.a. berichten.





## Sommerfest mit dem gesamten Kabinett

Wer hätte gedacht, dass zu unserem diesjährigen Sommerfest das gesamte Kabinett erscheinen würde? Am wenigsten wahrscheinlich unsere Regierungsvertreter selbst. Erst bei der Begrüßung zum diesjährigen Sommerfest am 31.08.2014 im Kräuterpark Stolpe wurden alle 65 erschienen TeilnehmerInnen nämlich vom Kreis Vorstand jeweils mit neuer Identität und Amt betraut. Aus einem GRÜNEN Stapel zogen alle zu Beginn eine Karte, mit der sie unter neuem Namen RegierungsmitarbeiterIn wurden. Und so kam es denn, dass als einer unserer ersten Gäste schon gegen 14.00 Uhr Torsten Albig (alias Sabine Klein) eintraf.

In den nächsten Stunden waren alle MinisterInnen gefunden, die sich mit ihrem jeweiligen Mitarbeiterstab an den ausgeschilderten sieben Ministerien-Tischen zusammensetzten. Begrüßen konnten wir auch unseren echten Landesvorsitzenden Peter Stoltenberg, der kurzentschlossen als Staatssekretär im Finanzministerium einsprang (War das ein Omen?). Die so GRÜN zusammen gewürfelten Tischgruppen im Alter von 4 bis 70 Jahren galt es nun zu einem Team zusammenschmieden, das souverän die kommenden Aufgaben meistern würde. Der Tag begann für alle mit einer Führung bei Regen und Sonnenschein durch den spannenden Kräuterpark Stolpe. Für sämtliche Lebenslagen und Bedürfnisse scheint dort ein Kraut gewachsen zu sein. Wir erfuhren, dass weder Durchfall noch Hexenbefall oder Liebeswahn bei der richtigen GRÜNEN Wahl ein Problem sind. Die Kinderführung zeigte mit dem Legen eines Kräuter-Mandalas am Schluss der Führung, welche Ästhetik GRÜN zu bieten hat.

Anschließend ging es zurück „in die Ministerien“. Dort war das soeben neue erworbene GRÜNE Wissen in einem Kräuterquiz gefragt. Der Lösungsspruch führte zu einer Statue im Park, unter der eine Truhe mit GRÜNEN Schätzen stand. Diese galt es als erstes Team zu finden und einen der Schätze durch den/die eigene(n) MinisterIn der Jury zu präsentieren. Souveräner Sieger dieser Aufgabe war das Innenministerium. Mit deutlichem Zeitvorsprung präsentierte Minister Breitner (alias Lara Ringe) die gefundenen Bioprodukte und Kräutershampoos. Es kann im Nachhinein nur darüber spekuliert werden, ob der Grund dafür schon zu dieser Zeit der Wunsch des Ministers war, alles schnell hinter sich zu bringen. Nach und nach trudelten alle Kabinettskollegen mit kleinen Schätzen für ihre Teams wieder ein. Nur Robert (alias Holger Busche) musste im Park zunächst gesucht werden. Seinem Ruf als Denker

entsprechend hatte er den Ausflug zur Schatztruhe wohl frei nach dem Motto „Der Weg ist das Ziel“ zum ruhigen Überdenken aller Lösungen genutzt.

In den Kategorien Geschicklichkeit, Schnelligkeit und Kreativität traten die Teams anschließend in einer Zauberscharade sowie bei einem Wettfliegen auf Hexenbesen gegeneinander an. Angesichts des in beiden Disziplinen herrschenden typischen GRÜNEN Chaos-Trubels hatte die Jury zunächst einige Bewertungsschwierigkeiten zu bewältigen. Als Gesamtsieger nach Punkten wurde dann aber letztendlich das Team des Sozialministerium ermittelt, für das Ministerin Spoorendonk (alias Wolfgang Boppel) einen Sack Rinderdung als Ehrenpreis für die Förderung GRÜNEN Wachstums entgegen nahm. Mit Kaffeeklatsch und Tortenschlacht ließen wir den Nachmittag ausklingen. Wir hatten viel Spaß mit Euch und hoffen, dass es Euch auch so ging!

*Susanne Elbert, Monika Friebel*

## **Verabschiedung von Hinrich Goos als Leiter des FÖJ am 13. Juni 2014**

Eine Delegation des KV nahm an der Verabschiedung von Hinrich Goos als Leiter des Freiwilligen ökologischen Jahres auf dem Koppelsberg teil. Die fantasie- und liebevollen Beiträge aktueller und ehemaliger FÖJ-ler sowie die herzlichen Abschiedsreden von Kollegen und bundesweiten Mitstreitern machten deutlich, dass mit ihm ein unglaublich couragierter Mensch in den Ruhestand ging. Auch ich kann aus Zeiten der beruflichen Zusammenarbeit bestätigen, wie er Jugendliche motiviert hat sich selbstbewusst zu engagieren und sich mit Spaß und guten Projekten für die Umwelt einzusetzen.

Der Einladungstext aus Galater 5, 22-23 (E) passte gut auf ihn:

"Die Frucht des Geistes aber ist Liebe, Freude, Friede, Langmut, Freundlichkeit, Güte, Treue, Sanftmut und Selbstbeherrschung".

Bei Verhandlungen über Finanzierung und Projekte des FÖJ war er sanft aber unbeugsam, gut vernetzt und respektiert.

Vielen Dank Hinrich für Dein gutes Vorbild!

*Monika Friebel*





## Ganz schön „verfrackt“ – Bericht zur Demo in Prasdorf

Ganz schön „verfrackt“ ist das manchmal, wenn man als Minister umsetzen muss, was man selbst politisch nicht für vertretbar hält. Das erlebte Robert Habeck am 17. Mai 2014. An diesem Sonnabendvormittag hatte die Wählergemeinschaft Prasdorf stellvertretend für die gesamte Gemeinde zur Demonstration gegen das sogenannte Fracking (Hydraulic Fracturing) aufgerufen. Dabei handelt es sich um eine bergbautechnische Methode, bei der über Tiefbohrungen Flüssigkeiten (sog. Frackfluide) in das Erdreich gepresst werden, um im Gestein Risse zu erzeugen. Die Förderung von Erdöl und Erdgas wird dadurch auch in bisher nur schwer erschließbaren Lagerstätten wirtschaftlich gesehen wieder interessant. Welche Auswirkungen diese Methode auf die Umwelt hat, ist bisher nicht abschließend geklärt. Von vielen Experten wird jedoch befürchtet, dass die in den Frackfluiden enthaltenen umweltschädlichen Chemikalien in das Grundwasser gelangen und/oder es zu Erdbeben kommen könnte.



Nach geltendem Recht ist Fracking nicht grundsätzlich verboten. Als Umweltminister von Schleswig-Holstein hat Robert Habeck daher dankenswerter Weise eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, um Fracking mit umwelttoxischen Substanzen deutschlandweit zu verbieten. Zudem soll über die Ziele der Raumordnung im Rahmen Landesentwicklungsplanung Fracking in Schleswig-Holstein ausgeschlossen werden. Bundesweit hat Robert unser Bundesland damit an die Spitze der Anti-Fracking-Bewegung in Deutschland gesetzt. Leider wird Fracking in anderen Bundesländern jedoch noch immer eher als Chance für Arbeitsplätze und günstige Rohstoffgewinnung, denn als unkalkulierbares Risiko für Umwelt und Gesundheit gesehen. Für eine Änderung der geltenden Rechtslage muss noch viel politische Überzeugungsarbeit geleistet werden. Bis dahin haben die zuständigen Ministerien das geltende Bundesberggesetz (BBergG) umzusetzen. Auch Robert Habeck konnte daher rechtlich nichts gegen die Erteilung einer bergbaurechtlichen Aufsuchungs- bzw. Bewilligungserlaubnis unternehmen, die der Firma PRD Energy für ein seit langem stillgelegtes Erdölfeld in der Gemeinde Prasdorf erteilt wurde. Mit der Erteilung der Aufsuchungserlaubnis ist zwar lediglich die Prüfung von Rohstoffvorkommen und noch keine konkrete Fördermaßnahme bewilligt. Da gerade Fracking aber eine rentable Förderung auch bei kleineren Rohstoffvorkommen und in tieferen Schichten ermöglicht, liegt der Verdacht nahe, dass Investoren in Prasdorf genau diese Methode im Auge haben.

Das brachte die alarmierten Prasdorfer auf die Straße. Ihrem Aufruf folgten bei strahlendem Sonnenschein 500 Demonstranten aus dem gesamten Kreis Plön. Der Unmut der Demonstranten entlud sich zunächst am Umweltminister, der für die erteilte Aufsuchungserlaubnis verantwortlich gemacht wurde. Mit Pfiffen und Buhrufen wurde er auf dem Podium empfangen. Keine schöne Situation - selbst wenn man als Minister auch bei sonstigen Entscheidungen sicher so einiges einstecken muss.

Robert Habeck zeigte jedoch Verständnis für die lautstark geäußerten Ängste und Sorgen. Er versicherte, dass er „Fracking als Relikt einer sterbenden Industrie“ und „durch die Energiewende längst überholt“ sehe und sich für dessen rechtsichere Verhinderung einsetzen werde. Hierfür sei eine breite politische Unterstützung aus der Bevölkerung erforderlich, die von Protesten wie in Prasdorf getragen werde. Dass „Stopp-Fracking“ eine GRÜNE Herzensangelegenheit ist, wurde beim Blick in die Menge klar. Überall wehten unsere Sonnenblumen und hüpfen GRÜNE Luftballons fröhlich durch die Menge. Robert verließ die Demonstration schließlich unter Applaus im gelben Anti-Fracking-T-Shirt der Bürgerinitiative (und mit einem kleinen Bäumchen aus unserem Wahlkampffundus ☺).

Danke an alle, die dabei waren – auch von Robert, der uns anschließend per email mitteilte:

„Liebe Plöner Grüne,  
1000 Dank für die zahlreiche Unterstützung und dass Ihr das Bashing so unverdrossen ertragen habt. Ich hoffe, Ihr seid einigermaßen zufrieden abgefahren. Für Fragen und Veranstaltungen stehe ich immer zur Verfügung. Und danke für den kleinen Baum! Robert“

*Susanne Elbert*

## Tierkadaverskandal in Kühren

Der folgende Text schließt an die Pressemitteilung zum von unserem Kreistagsabgeordneten Gerd Dreßler aufgedeckten Tierkadaver-Entsorgungsskandal an.

Aus Platzgründen konnten wir diese hier leider nicht mit abdrucken, haben sie aber unter [www.gruenekreisploen.de/presse/](http://www.gruenekreisploen.de/presse/) ins Netz gestellt.

Den erwähnten KN-Artikel vom 07.10.2014 findet man hier: [www.gruenlink.de/u2y](http://www.gruenlink.de/u2y)  
Der Artikel vom 11.10.2014 ist ebenfalls online: [www.gruenlink.de/u2w](http://www.gruenlink.de/u2w)

Initiiert durch meine Pressemitteilung vom 2.10. 14 hat Andrea Seliger von der Lokalredaktion der Ostholsteiner Zeitung (KN) in der Ausgabe vom 7.10.2014 umfassend von der illegalen Entsorgung der Hühnerkadaver die Öffentlichkeit unterrichtet. Damit wäre mein Anliegen eigentlich erfüllt gewesen.

Tatsächlich hat der Kreisverwaltung aber auf Anfrage der KN hin mitgeteilt, dass die Behörde ihre Ermittlungen bereits abgeschlossen habe (der Vorfall war am 29. August 2014 gemeldet worden) und dass ein Bußgeldverfahren wegen Verstoßes gegen das Tierische Nebenproduktebeseitigungsgesetz eingeleitet worden sei. Gleichwohl, so die Kreisverwaltung, stehe die Höhe des Bußgeldes noch nicht fest, da das Verfahren mit Anhörung laufe. Diese Mitteilung ist für mich ein Widerspruch in sich! Da in der gleichen Berichterstattung auch der Name des Betreibers genannt wird, besteht keine Notwendigkeit mehr, Anonymität zu wahren, um eine mögliche Geschäftsschädigung zu vermeiden.

Auf dem Gutsbetrieb der Familie von Bülow in Kühren werden u. a. in zwei räumlich getrennten Anlagen ca. 150.000 Legehennen in sogenannter Bodenhaltung gehalten. Abnehmer ist das Unternehmen Gutshof-Ei aus Bad Segeberg („Adel unter sich!“).

Die in der Ostholsteiner Zeitung (KN) am 11. 10. 14 veröffentlichte Antwort des Grafen aus dem Urlaub lautete, er habe die Kadaver „zur Ablenkung des Schwarzwildes vom Mais“ ohne Vergraben (!) in der Feldmark abgelegt. Etwas Dümmlischeres - so viele Stimmen, die ich bisher wahrgenommen habe - hätte ihm nicht einfallen können. Der Leiter der Umweltberatungsstelle des Kreises in Plön, Carsten Pusch, hat im gleichen Artikel der Zeitung Stellung bezogen und das Vorgehen des Betreibers als „absurd“ bezeichnet.



Die Kreisverwaltung muss sich in der Zwischenzeit mit zwei Anfragen beschäftigen, die ich der Landrätin zugestellt habe:

1. Der erste Fragenkomplex betrifft die Kreisverwaltung als der nach Landesrecht zuständigen Körperschaft des öffentlichen Rechtes (Beseitigungspflichtige Behörde) gem. Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz (TierNebG). Ich erwarte Antworten, ob der Verwaltung Anzeichen für eine ungewöhnlich hohe Mortalitätsrate in der Legehennenanlage in Kühren vorliegen, wie die Verwaltung künftig den Betreiber zur Meldepflicht veranlassen will und letztlich, wie künftig die Überwachung der Vorschriften zur Beseitigung tierischer Nebenprodukte erfolgen wird.



*Grausiger Fund: Illegal entsorgte Tierkadaver*

2. In einer zweiten Anfrage, die ich nach dem „Bekennnis“ des Grafen zur Urheberschaft inklusive Begründung seines Verhaltens eingereicht habe, stelle ich Fragen nach der Würdigung der Tat. Neben dem Verstoß gegen das erwähnte TierNebG kommt auch das Landesjagdgesetz zur Anwendung, demzufolge ein Verbot der Wildfütterung gilt. Das Zuwiderhandeln gegen beide Gesetze muss eine Kulmination der möglichen Bußgeldhöhen nach sich ziehen.

Wichtiger erscheint mir aber die Prüfung der Frage, ob eine Straftat nach § 326 StGB vorliegt (Unlaubter Umgang mit Abfällen). Da der Graf nach eigenem Geständnis mit Vorsatz gehandelt hat, gilt es, den Umfang der Tat zu untersuchen und zu prüfen, ob ein Anfangsverdacht vorliegt; in diesem Falle



wäre der Fall an die zuständige Staatsanwaltschaft zur Einleitung eines Strafverfahrens einzuschalten. Nach dem StGB ist eine illegale Abfallbeseitigung strafbar, wenn Art, Beschaffenheit oder Menge der Abfälle geeignet sind, nachhaltig ein Gewässer, die Luft oder den Boden zu verunreinigen oder sonst nachhaltig zu verändern. Da es sich um Hühner handelt, die tot waren, muss die Todesursache ermittelt werden; viele Kadaver waren körperlich entstellt. Die Kadaver können Krankheitserreger in sich getragen haben, die übertragbar sind. Eine veterinärmedizinische Untersuchung hätte eingeleitet werden müssen. Weiter ist die tatsächliche Menge der abgelegten Hühner im Verhältnis zu der Fundortfläche von Relevanz; hier widersprechen sich die Mengenangaben erheblich (Kreisverwaltung: 200 bis 300; Spaziergänger und Polizei: mehr als 500). Außerdem ist zu bewerten, wie Bodenbeschaffenheit und Wasserdurchlässigkeit am Fundort sind und wohin das Oberflächenwasser des Bruchs am Fundort fließt.

Eine Menge Antworten also, die von der Verwaltung zu erwarten sind und durch deren Hinterfragen die Ermittlungen der Kreisverwaltung noch beeinflussen können, wie zu hoffen ist.

Wir werden den Skandal in der Sitzung des Umweltausschusses des Kreistages am 18.11.2014 auf die Tagesordnung setzen lassen und einen Bericht der Kreisverwaltung anfordern, der zu diskutieren sein wird. Eine öffentliche Aussprache wird angestrebt. Dabei wird auch zu hinterfragen sein, ob die Tat Auswirkungen auf Prämienzahlungen an den Gutsbetrieb hat, die nach dem cross-compliance-Verfahren wegen Verstoßes gegen gute fachliche Praxis zu kürzen wären.

„Die von den Funktionären der Landwirtschaft vielbeschworene Selbstverpflichtung zur Einhaltung einer guten fachlichen Praxis in der Tierhaltung ist hier wieder einmal bewusst und sträflich missachtet worden und macht Verordnungen zum Schutze von Tier, Natur und Umwelt unabdingbar“, so die Textpassage meiner Pressemitteilung, die von der Redakteurin der Ostholsteiner Zeitung (KN) nicht berücksichtigt wurde.

Wir werden den Vorfall im Gespräch mit dem Kreisbauernverband Plön am 29. 10.14 sicherlich zur Sprache bringen.

*Gerd Dreßler*

## **Kreistag: Erklärung zum Streit um die Erntekrone**

Liebe Freundinnen und Freunde,

nach der Berichterstattung der KN zur Übergabe der Erntekrone in der Kreistagssitzung am 25. September 2014 ist es wieder zu Nachfragen gekommen, warum ein Teil der grünen Kreistagsabgeordneten nicht an der Zeremonie der Übergabe der Erntekrone im Rahmen der Kreistagssitzung teilgenommen haben. Damit es nicht zu weiteren Missverständnissen kommt, möchten wir die Gründe für das Fernbleiben noch einmal erläutern.

Insbesondere in den Jahren 2008 und 2009 war es anlässlich der Reden bei der Übergabe einer vom KreisLandFrauenVerband Plön selbstgebundenen Erntekrone zu politischen Äußerungen der Vorsitzenden gekommen, in denen die ökologische Landwirtschaft, der Natur- und Knickschutz in äußerst abfälliger Weise als Übel gegenüber der konventionellen Landwirtschaft und ihren ehrbaren Vertretern dargestellt wurde. Die Reden wurden von uns als gezielter Angriff auf die ökologische Landwirtschaft und ihre politischen Vertreter empfunden. Darauf haben wir uns in der Fraktion verständigt, im folgenden Jahr den erklärten Vertreterinnen der konventionellen Landwirtschaft die besondere Ehrerbietung durch Aufstehen beim Eintreten in den Kreistag zu verweigern und die Anlässe und die Form von Feierstunden im Kreistag grundsätzlich zu überdenken. In der Folge hat sich ein Teil von uns entschlossen, an der Übergabe einer Erntekrone nicht mehr teilzunehmen.

Es geht uns bei dem Fernbleiben nicht darum, die Arbeit des Verbandes der LandFrauen zu bewerten oder zu kritisieren. Mittlerweile handelt es sich vielmehr um eine Angelegenheit zwischen den Kreistagsfraktionen, bei der es unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, wie mit Ehrungen und Veranstaltungen unter Beteiligung Dritter im Kreistag umgegangen werden soll.

Wir sind uns bewusst, dass seit einigen Jahren ein Umdenken in der konventionellen Landwirtschaft stattfindet und die meisten Landwirte ihrem Beruf mit Anstand nachgehen und dabei zu unserer aller täglichen Ernährung und zum Funktionieren unserer Gesellschaft beitragen. Das aber gilt für viele andere Berufsgruppen ebenso.

Ehrenbezeugungen werden im Kreistag zu Recht sehr sparsam gehandhabt. Praktiziert werden Ehrenbezeugungen zum Beispiel bei Totengedenken, Amtseinführungen oder der Ehrung von PreisträgerInnen für außergewöhnliche Leistungen.

Nach unserer Auffassung ist bei der Übergabe der Erntekrone und begleitender (politischer) Rede vor stehendem Auditorium der Mitglieder des Kreistags die Verhältnismäßigkeit zu anderen Ehrenbezeugungen im Kreistag nicht gewahrt. Es wird keiner anderen Berufsgruppe, keinem Verband und keiner Einzelperson eine solche Darstellungsmöglichkeit im Kreistag eingeräumt.

Hinzu kommt, dass eine Erntekrone von vielen Menschen als Ritual mit deutlich religiösem Bezug auf die Schöpfung verstanden wird. Bei der Diskussion mit anderen Fraktionen wurde der Zusammenhang zum christlichen Erntedankfest wörtlich zum Ausdruck gebracht und offen bejaht. Dies respektieren wir ausdrücklich. Allerdings besteht in unserem demokratischen, weltlichen Staat aus guten Gründen eine Trennung von Staat und Kirchen. Religiöse Rituale und Bezeugungen sind daher auf den freiwilligen religiösen Zusatz bei Amtseiden beschränkt. Wer christlich oder in anderer Form Erntedank feiern möchte, kann dies andernorts und bei anderer Gelegenheit tun.

Seit 2010 bemühen wir uns daher um einen anderen, angemessen festlichen Rahmen für die Übergabe einer Erntekrone. Leider mochte der Kreispräsident unserem Vorschlag bislang nicht folgen, die Vertreterinnen der Landfrauen zur Übergabe einer Erntekrone im Rahmen einer Feierstunde außerhalb der regulären Kreistagssitzung zu empfangen. Dies ist unseres Erachtens eine angemessene Alternative, mit der sich nach Gesprächen unseres grünen Kreisvorstandes auch die Landfrauen anfreunden können.

Wir werden uns weiterhin für die Gleichbehandlung aller Gruppen und Verbände, die sich um das Gemeinwohl bemühen einsetzen und bitten um euer Verständnis für unsere Position.

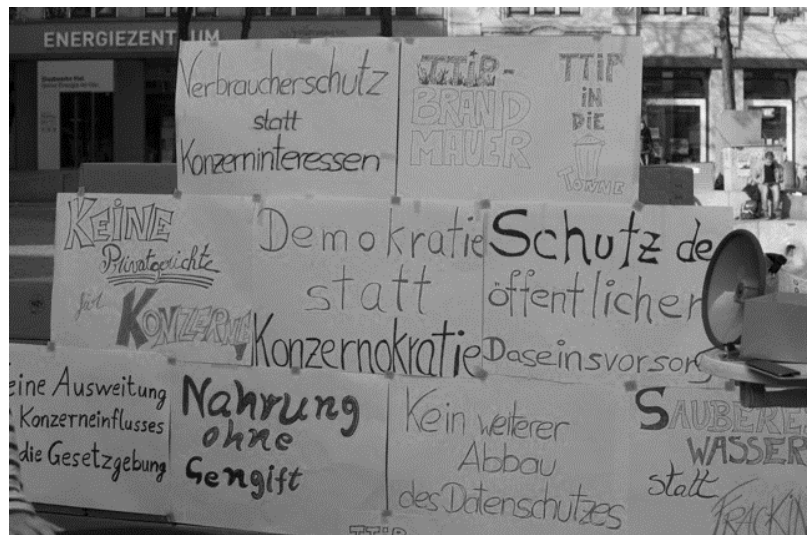
Für eure Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

*Axel Hilker, Kirsten Bock, Felicitas von Hollen, Gerd Dreßler (mit dem Hinweis, dass der Streit bereits seit 2005 schwelt)*

## OV Heikendorf unterstützt europäische Initiative gegen TTIP

Es ist Samstag, 11. Oktober – halb zehn: Vier dynamische Grüne des OV Heikendorf unterstützten bei strahlendem Wetter, mit Campact-Materialien gerüstet, die europäische Initiative gegen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership)

Mehr als vierzig Unterschriften kamen in drei Stunden zusammen, obwohl die meisten Passanten zunächst nichts mit TTIP anfangen konnten und missverständlich waren. Schnell aber hatte sich herumgesprochen, dass dies eine bequeme Gelegenheit war seinen Unmut auszudrücken und Mitarbeiter der Apotheke kamen von sich aus, um zu unterschreiben.



TTIP-Kritik auch bei der Demo in Kiel (Foto: Klaus Henry Flemming)

Wie zu Wahlkampfzeiten mussten wir erst testen mit welchen Argumenten vorbeieilende Passanten gestoppt und zur Unterschrift bewegt werden konnten.

"Hier können Sie gegen TTIP unterschreiben", war nicht der Brüller, aber direkt. "Möchten Sie Chlorhühnchen für ihre Kinder?", weckte die meiste Aufmerksamkeit, wies aber brutal auf ein grünes "Gute-Laune-Töter-Thema" hin.

Im Ort bekannt und beliebt zu sein hilft bei diesem Job und Unterschriften anerkannter Personen vorweisen zu können ebenfalls.

Schon ziemlich fit im Erklären der Zusammenhänge zwischen Abbau von Handelshemmnissen und Sozial- bzw. Umweltstandards, fuhren wir anschließend zur Kundgebung nach Kiel. Dort war, trotz vieler Initiativen-Vertreter, nur ein relativ kleines Häuflein versammelt und kein offizieller Grüner zu sehen. Engagierten Sammlern gelang es aber auch hier Unterschriften einzuheimsen und später sogar bei der anschließenden Demo der Kurden, die wir aus Solidarität noch ein Stück begleitet haben.

Monika Friebl



## Gewerbegebiet Wakendorf II: Eine Elbphilharmonie für Preetz

Der zum 31. August 2015 aus Altersgründen aus dem Amt scheidende Preetzer Bürgermeister Wolfgang Schneider versucht mit Unterstützung der Preetzer CDU noch etwas ganz Großes auf den Weg zu bringen, und das nennt sich „Wakendorf II“: Ein 32,6 Hektar großes Gewerbegebiet im Nordosten der Stadt, von der Stadtmitte aus gesehen noch hinter der B 76 zwischen den Dörfern Wakendorf und Rethwisch.

Eine Analyse für den Bedarf an weiteren Gewerbeflächen gibt es nicht. Aber trotzdem soll schon voll in die Planung eines neuen Gewerbegebiets in der Größe des Raisdorfer Ostseeparks eingestiegen werden. Die Preetzer Stadtvertretung soll dafür 235.000,- Euro zur Verfügung stellen. Das ist aber noch das wenigste: Für den Grundstückserwerb sollen 1.110.000,- Euro in den Haushalt der Stadt Preetz für

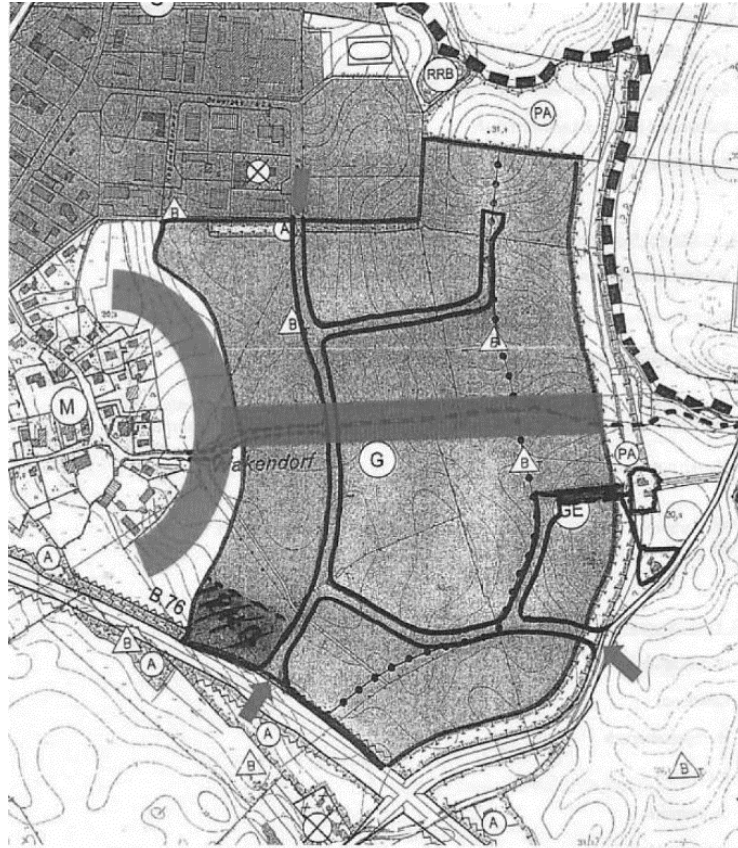
2015 eingestellt werden. Schneider gab allerdings auf Anfrage zu, dass dieser Betrag angesichts der gestiegenen Bodenpreise noch nicht für den Erwerb der kompletten 32,6 Hektar reichen werde.

Hinzu wird noch mehr als eine Million Euro für den Bau von Straßen sowie von Ver- und Entsorgungsleitungen auf dem Gelände kommen. Auch eine Verkehrsanbindung an die nahe B 76 soll es geben. Eine einfache Abzweigung von dieser Bundesstraße würde reichen. Aber Schneider hat eine autobahnähnliche Abfahrt mit einer Verkehrsführung in Schleifen vorgeschlagen. Allein die würde so eben mindestens eine weitere Million Euro kosten.

Und wozu das alles? Den CDU'ern und vielen SPD'ern blitzen schon die Dollarzeichen in den Augen, wenn sie an die Gewerbesteuer-Einnahmen von neu angesiedelten Betrieben denken. Nichts gegen Gewerbeansiedlungen: Aber was soll sich alles auf 32,6 Hektar zwischen zwei Dörfern und der Stadt Preetz ansiedeln?

Man muss eben optimistisch sein und ganz fest an eine prosperierende Zukunft der Stadt Preetz glauben, heißt es aus der CDU. Dagegen halten es die Grünen eher mit Realismus und stellen ganz frech Fragen wie die, warum in anderen Gewerbegebieten noch Platz ist, wie man eigentlich mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach Wakendorf II kommen soll und auf welchem Weg die Navigationsgeräte den Schwerlastverkehr aus Hamburg dorthin geleiten werden, nämlich durch die Stadt und durch Wohngebiete.

Schließlich interessieren sich die Grünen für die Tiere, die dort derzeit noch in Knicks und Kleingewässern leben. Ein paar Knicks zur Dekoration sollen sogar erhalten bleiben, was Bürgermeister Schneider von einem „ökologischen Vorzeigeprojekt“ reden lässt. Aber wir sind gewillt, effektiv unsere Sicht der Dinge unter die Leute zu bringen. Etwas hoffnungsvoll macht uns auch die Preetzer FDP. Die interessiert sich zwar nicht für Natur- und Umweltschutz, wohl aber für die Steuerbelastung der Bürgerinnen und Bürger. Bei den ganzen Euro-Millionen, mit denen da CDU und SPD jonglieren, macht sich bei der FDP ein mulmiges Gefühl breit.



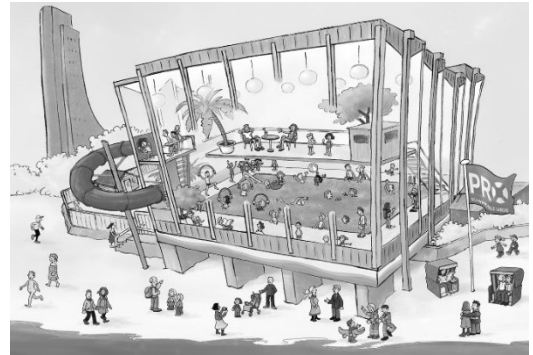
*Planungsskizze für das Gewerbegebiet Wakendorf II*

*Henning von Schöning*

## Bürgerentscheid zum Erhalt der Schwimmhalle Laboe

Die Meerwasserschwimmhalle bleibt den Laboern, unseren Besuchern und den Gästen aus der Probstei und den Umlandgemeinden weiterhin erhalten. So lautet zumindest das eindeutige Votum der Laboerinnen und Laboer, welche am 21. September diese direktdemokratische Entscheidung getroffen haben.

Mit über 60% Zustimmung, knapp 1500 abgegebenen Stimmen zum Weiterbetrieb der Halle, wurde der Laboer Gemeindevertretung nicht nur ein klarer Auftrag gegeben für die Schwimmhalle einzutreten, sondern auch der Wille nach mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz offengelegt.



Grafik W. Slawski

Beide Laboer Fraktionen der Grünen sprachen sich für einen Bürgerentscheid als Mittel der Entscheidungsfindung aus und begrüßten ausdrücklich die Initiativen aus der Bevölkerung und das große Engagement, welches durch eine nachdrückliche Wahlbeteiligung von 57,7% gewürdigt und untermauert wurde. Zum Vergleich gab es bei dem Bürgerentscheid zum Möbelzentrumneubau in Kiel eine Beteiligung bei der Abstimmung von 45,6%.

Nachdem das Ergebnis von den Laboer Fraktionen angenommen wurde, machen sich auch wieder die Stimmen für eine ämterübergreifende, überregionale Lösung breit. Ähnliches haben wir als Grüner OV zusammen mit den Ortsverbänden aus der Nachbarschaft bereits vor Jahren gefordert. Auch diesem Wege möchten wir uns für die Aufmunterungen und die Unterstützung aus dem GRÜNEN Umfeld, auch für unsere Schülerinnen & Schüler und den Vereinen/Verbänden als Nutzer dieser Schwimmhalle herzlich bedanken.

### GRÜNE Sachthemen in Laboe

Neben der voranschreitenden Neugestaltung des Hafenumfeldes und des Rosengartens haben wir Grüne in Laboe noch andere Akzente eingebracht. Am anderen Ende von Laboe soll der Naturerlebnisraum Dünenlandschaft durch neue Hinweistafeln und eine verbesserte Wegführung aufgewertet werden.

Auch einen Workshop zur Attraktivitätssteigerung unserer Reventloustraße und des Probsteier Platzes haben wir angeregt. Hoffen wir, dass sich die Laboer und unsere Besucher durch die genannten Maßnahmen hier noch wohler fühlen und der Standort Laboe insgesamt - nicht nur touristisch - gestärkt wird.

### ...und in der Probstei

Für unsere Region, mit ihrer direkten Nähe zur Ostsee, ist der Küsten & Klimaschutz von elementarer Bedeutung. Der Klimapavillon am Schönberger Strand/ Kalifornien zeigt anhand eines Modells eindrucksvoll die Auswirkungen des Klimawandels an unserer Küstenlandschaft. In Laboe und Stein ist der Aufbau eines Klima & Küstenerlebnispfades im Gespräch, der aktiv die Dynamik der Küste darstellen soll.

Der OV Probstei unterstützt die Aufklärung über die Notwendigkeit von regenerativen Energien nicht nur aus Angst vor einer bevorstehenden Reaktivierung des Bohrfeldes in Prasdorf.

Weg von den fossilen Energieträgern propagiert auch der Film „Leben mit der Energiewende“ von Frank Farenski, welchen wir mit der Unterstützung von Wolfgang Hahn im Frühjahr im Schönberger Kino zeigen wollen.

Herzlichst  
Anett und Michael



## Lütjenburg: Syrien und der Irak sind auf einmal ganz nah dran

Die erschütternden Nachrichten aus dem Irak und Syrien kamen im September für die Lütjenburger Fraktion nochmal ein ganzes Stück näher: Das Innenministerium war händeringend auf der Suche nach einem Standort für eine Zweigstelle zur Flüchtlings-Erstaufnahme in Neumünster. Das mittlerweile leerstehende Gelände der Schill-Kaserne gehörte dabei zum engeren Kreis der möglichen Alternativen.

Die Rede war von rund 400 Plätzen für Asylbewerber/-innen, die über einige Jahre hinweg jeweils die Wochen bis zur endgültigen Bearbeitung ihres Asylantrags in der Kaserne unterzubringen wären. Eine solche Entscheidung fällt auch uns Grünen nicht leicht. Einig waren wir uns von Anfang an, dass es nicht angehen kann, dass sich das reiche und friedliche Deutschland den Flüchtlingen verschließt – und da wer A sagt auch B sagen muss, gilt das auch für Lütjenburg. Für uns war die Frage viel mehr: Schaffen wir ein Little Lichtenhagen? Züchten wir durch überstürzte Unterbringung ohne vernünftige Betreuung und vor allem Kommunikation in die Lütjenburger Bevölkerung hinein Rassismen und Vorbehalte, die zu einem Gegeneinander- statt Miteinander-Leben führen könnten?

Schon die Äußerungen aus dem Kreise der Kommunalpolitik waren teils erschreckend. Bei angsterfüllten Sätzen wie „Was für Menschen sind das die da kommen ... ich meine ... kommen da auch Schwarze?“ hätte man sich nicht gewundert, wenn auch noch das Wort „Neger“ gefallen wäre. Das hat uns verdeutlicht, dass über die baulichen Fragen hinaus vor allem die sozialen Fragen beantwortet werden müssen. Bei wenigen Wochen Aufenthalt ist Integration nicht möglich – aber eine gezielt geförderte Interaktion, ein Sich-Kennen- und Voneinander-Lernen muss aber das Ziel sein.

Es ist es gut, dass mit Boostedt zunächst eine Lösung gefunden wurde, die deutlich näher an Neumünster liegt und den hier ankommenden Menschen somit etliche Stunden Pendelei zur Antragsstelle erspart. Es bleibt zu hoffen, dass die Welt ein bisschen friedlicher wird und weniger Menschen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Falls die Flüchtlingsströme anhalten, werden wir uns der Herausforderung aber stellen müssen – und wir Grünen werden alles tun, den ankommenden Menschen ein herzliches Willkommen zu bereiten.

*Terminhinweis: Am 29.10. findet ab 19 Uhr in der Mensa des Schulzentrums eine Einwohnerversammlung statt, in der auch über das Thema Flüchtlinge gesprochen wird. Wir hoffen auf zahlreiches Erscheinen der Bevölkerung – auch der GRÜNEN Interessierten!*

Joscha J. John

